

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 14. November 2022 · Nr. 266 · 243. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.10



DOMINIK STEINMANN FÜR NZZ

Plastik – zu Unrecht verteuflertes Material

Plastik hat einen schlechten Ruf. Für seine Herstellung benötigt man Erdöl, und wenn es nicht mehr gebraucht wird, belastet es die Umwelt. Doch das Material hat zu Unrecht ein schlechtes Image. So hilft es etwa, Nahrungsmittel lange haltbar zu machen. Das verringert Food-Waste und hilft dem Klima. Im Bild eine überdimensionierte Schokoladeverpackung der Schweizer Firma Bachmann Forming. *Wirtschaft, Seite 25*

Tote nach Explosion in Istanbul

Präsident Recep Tayyip Erdogan spricht von einem «hinterhältigen Anschlag»

Istanbul · Menschenmassen schockiert am Sonntag durch die beliebteste Istanbul Einkaufsmeile, Istiklal, als sich um 16 Uhr 20 eine schwere Explosion ereignete. Videos in sozialen Netzwerken zeigen eine riesige Feuerwolke, Passanten rennen in Panik davon.

Laut offiziellen Angaben vom Abend kamen mindestens sechs Menschen ums Leben, über achtzig wurden verletzt, zwei davon schwer. Wer die Täter sind, ist unklar. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan nannte die Explosion am Abend einen «hinterhältigen Anschlag». Auch sein Stellvertreter Fuat Oktay erklärte, man gehe von einem Terrorakt aus. Vermutlich eine Frau habe das Attentat begangen und eine Bombe gezündet. Bil-

der einer Überwachungskamera zeigen, wie kurz vor der Explosion eine Passantin ein Paket unter einer Bank platziert.

Die Einkaufsmeile Istiklal ist bei Einheimischen sowie Touristen sehr beliebt. Viele europäische Botschaften haben hier ihren Sitz, es herrscht in der Regel eine enorme Polizeipräsenz. Am Sonntag flanierten hier ausserdem viele Fussballfans, die am Abend ein Spiel im nahe gelegenen Stadion des Vereins Besiktas besuchen wollten. Das Spiel wurde nach der Explosion aus Sicherheitsgründen abgesagt, das Stadtzentrum abgeriegelt.

Schon im März 2016 explodierte auf der Flanierstrasse eine Bombe, damals starben vier ausländische Touristen und der türkische Attentäter. Im selben Jahr

kam es in Istanbul zu einer Reihe weiterer Attentate. Die meisten wurden von der Terrormiliz IS, einige aber auch von der PKK-nahen kurdischen Terrororganisation TAK verübt. In den Folgejahren blieben viele Touristen der Metropole fern.

Die türkische Rundfunkbehörde verhängte am Sonntagabend eine vorläufige Nachrichtensperre; angeblich, um Angst und Panik in der Bevölkerung zu vermeiden. Die meisten TV-Sender stoppten ihre Berichterstattung vom Tatort. Oppositionelle Medien berichteten, die Polizei habe ihnen Dreharbeiten im Stadtzentrum ohne explizite Genehmigung untersagt. Soziale Netzwerke wie Twitter und Instagram waren am Abend nur noch eingeschränkt zu erreichen.

Geldkonflikte gefährden Beziehungen

Forscher sehen finanzielle Streitigkeiten als wichtigen Faktor bei Scheidungen

Ilo. · Zwei von fünf Ehen in der Schweiz enden heutzutage in einer Scheidung. Im Jahr 2021 betrug die Zahl der Eheaufösungen laut dem Bundesamt für Statistik rund 17 000. Die psychologische Forschung untersucht die Ursachen von Scheidungen seit Jahrzehnten. Erst in jüngerer Zeit haben Studien finanzielle Streitigkeiten als signifikanten Risikofaktor identifiziert. Je häufiger Paare über Geldfragen streiten, desto grösser ist demnach die Gefahr einer Trennung.

Vor allem im Zug der Gleichstellung ist der Abstimmungsbedarf in

Beziehungen gewachsen. Während Frauen in den achtziger Jahren eine Unterschrift ihres Ehemannes vorweisen mussten, wenn sie eine neue Stelle antreten oder mehr als 10 000 Franken ausgeben wollten, haben heute viele Paare neben einem gemeinsamen auch separate Bankkonten. Der Mann kann nicht mehr allein über die finanziellen Ressourcen des Haushalts entscheiden.

Die Wissenschaft, aber auch Erkenntnisse aus der Praxis von Paartherapeuten liefern Ansatzpunkte, wie Paare die häufigsten Fehler im Umgang mit

Geld vermeiden können. Der Hamburger Paarberater Michael Mary sagt: «Die meisten Paare wursteln sich bei finanziellen Angelegenheiten durch und veräussern damit, dass die Beziehung früher oder später auseinanderfällt.» Er rät Paaren dazu, das Tabu Geld frühzeitig anzusprechen. Die NZZ beleuchtet im Rahmen der neuen Serie «Geld in der Partnerschaft» finanzielle, rechtliche und gesellschaftliche Fragen, welche Paare im finanziellen Alltag beschäftigen. *Wirtschaft, Seite 23*

Republikaner erleben ihr blaues Wunder

Demokraten können die Mehrheit im Senat halten

Mit einem Sieg in Nevada verteidigen die Demokraten den Senat. Und auch das Repräsentantenhaus ist für sie noch nicht ganz verloren. Derweil stellt Trump die Republikaner vor eine Zerreihsprobe.

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Die Midterms werden für die Demokraten endgültig zu einer Erfolgsgeschichte. In Nevada dauerte die Auszählung der Stimmen vier Tage. Aber am Samstag war klar: Die demokratische Amtsinhaberin Catherine Cortez Masto verteidigt ihren Senatsitz gegen den Trump-Kandidaten Adam Laxalt. Wie etliche weitere Trump-Loyalisten, die ihre Wahl in anderen Gliedstaaten verloren hatten, verbreitete auch Laxalt die Mär einer gestohlenen Präsidentschaftswahl 2020.

Die Demokraten haben nun 50 Sitze im Senat auf sicher. Mit der zusätzlichen Stimme ihrer Vizepräsidentin Kamala Harris behalten sie die Kontrolle über die kleine Kammer. Gleichzeitig könnten sie bei der Stichwahl am 6. Dezember in Georgia ihre Mehrheit im Senat noch auf 51 von 100 Sitzen ausbauen. Entscheidend ist dies vor allem für die künftige Ernennung von Richtern.

Niederlagen für «Wahlleugner»

Selten liess eine Wahl die Stimmung derer kippen. Die meisten Umfragen sagten einen Sieg der Republikaner voraus. Die Demokraten übten sich deshalb bereits vor der Öffnung der Stimmlokale in Selbsterfleischung. Die Linke versinke in einer «Verweigerung der Realität», kommentierte etwa die «Washington Post». Die Demokraten hätten das Thema der hohen Inflation und damit auch die Probleme der kleinen Leute nicht ernst genommen.

Das Resultat der Zwischenwahlen stellt nun aber fast alles auf den Kopf: Die Demokraten mögen die negativen Folgen ihrer masslosen Ausgabenpolitik schönreden, doch die eigentliche Realitätsverweigerung fand offensichtlich aufseiten der Republikaner statt. Weil sie Angst vor Donald Trump und seiner treuen Wählerbasis hatten, verharmlosten die Parteiführer den Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 und verzichteten auf eine Amtsenthebung des Präsidenten. Dies rächt sich nun. Ohne eine klare Verurteilung des Angriffs auf die amerikanische Demokratie und von Trumps Rolle dabei scheinen die Wechselwähler den Republikanern nicht mehr vertrauen zu wollen.

Das Misstrauen der Amerikaner gegenüber Trumps «Wahlleugnern» zeigt sich auch auf der Ebene der Gliedstaaten. In den sechs Swing States, wo Trump versuchte, das Wahlergebnis von 2020 umzudrehen, kandidierten seine Leute für Gouverneursposten und das Amt des Staatssekretärs. In diesen Funktionen hätten sie eine wichtige Rolle bei der Organisation, Überwachung und Zertifizierung der nächsten Präsidentschaftswahlen gespielt. Es wurde befürchtet, dass sie Trump in zwei Jah-

ren bei einem erneuten Versuch helfen könnten, einen demokratischen Wahlsieg umzustossen. Nun allerdings haben die sogenannten «election deniers» in diesen wichtigen Swing States praktisch durchgehend eine Niederlage erlitten.

Offen ist noch das Rennen um das Gouverneursamt in Arizona. Aber auch dort liegt die Trump-Kandidatin Kari Lake gegenüber ihrer eigentlich blossen demokratischen Kontrahentin knapp zurück. Lake zählt zu den kompromisslosesten Gefolgsleuten des ehemaligen Präsidenten und ist beliebt unter seinen Anhängern. Viele handelten sie bereits als mögliche Vizepräsidentin an Trumps Seite für 2024. Doch vielleicht hat auch sie nun bereits den Zenit überschritten.

Anstatt einer roten Welle erleben die Republikaner ein blaues Wunder. Angesichts der schlechten Umfrageergebnisse von Präsident Biden hätten sie in diesen Zwischenwahlen eigentlich rund 4 Senatsitze und 30 Mandate im Repräsentantenhaus dazugewinnen müssen. Aber sechs Tage nach den Midterms ist selbst eine republikanische Mehrheit in der grossen Kammer nicht völlig gewiss. Momentan gehen die Prognosen von 219 Sitzen für die Republikaner und 216 Sitzen für die Demokraten aus.

Eigentlich wollten die Republikaner nach den Midterms in den Angriffsmodus schalten, um Biden das Leben schwerzumachen. Untersuchungskommissionen gegen seinen Sohn Hunter Biden oder zum chaotischen Rückzug aus Afghanistan waren geplant. Auch Impeachments gegen den Präsidenten und einzelne Minister standen zur Diskussion. Das Ziel sollte es sein, Biden zu demontieren, um den Boden für Trumps Comeback 2024 zu bereiten.

Innere Kämpfe statt Offensive

Bevor die Konservativen jedoch überhaupt in die Offensive gehen können, müssen sie nun eine Zerreihsprobe meistern. So titelte etwa «Newsweek» am Freitag: «Der republikanische Bürgerkrieg beginnt jetzt». Am Dienstagabend will Trump voraussichtlich seine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen bekanntgeben. Dabei erwartet er auch die Unterstützung von Parteiführern wie Kevin McCarthy. Dieser will unbedingt Speaker im Repräsentantenhaus werden, braucht dafür aufgrund der erwarteten knappen Mehrheit aber auch die Stimmen des rechten Trump-Flügels. Die Frage ist: Unterwirft sich McCarthy dem Volkstribun erneut, so wie er es nach dem Sturm auf das Capitol getan hatte? Oder wagen er und ein Teil der Republikaner den offenen Bruch mit Trump?

Im Internet diskutieren demokratische Stimmen gar die Idee, die republikanische Trump-Kritikerin Liz Cheney zur Speakerin zu machen. Die Abgeordnete ist Vizepräsidentin der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Sturm auf das Capitol, hatte ihre Wiederwahl allerdings verpasst. Zur Speakerin könnte sie indes auch ohne ein Parlamentsmandat gewählt werden. Trotz dem erstaunlichen Wahlergebnis scheint ein solches Szenario aber doch ein realitätsfernes Wunder zu sein.